

KURZ & KNAPP

Nachrichten aus der Eggesiner Stadtvertretung



Ausgabe 1 - 2011

Kommentar

Werte Eggesiner,

mit diesem Informationsblatt möchte ich Sie „kurz und knapp“ darüber informieren, was sich im ersten Halbjahr 2011 in der Eggesiner-Politik zugetragen hat.

Während der letzten drei Stadtvertreter-Sitzungen stand wieder das ein oder andere „interessante“ Thema auf der Tagesordnung. Da die Presse meine politische Arbeit bewußt verschweigt, werde ich Sie regelmäßig über meine Initiativen und Anträge informieren. Die Untätigkeit der etablierten Stadtvertreter werde ich Ihnen dabei natür-

lich nicht vor-
enthalten!

Mein Ziel ist, für die noch bestehenden Infrastrukturen zu kämpfen. Denn mit Wehmut muß ich beobachten, wie von Zeit zu Zeit jegliche Gemeinschaftseinrichtungen heruntergewirtschaftet werden und unsere Heimat verschachert wird.

Mein Auftrag ist unsere Heimat! Diesen Leitspruch habe ich mir auf die Fahne



geschrieben. Damit wir unseren Kindern eine schöne und lebenswerte Zukunft sichern können, müssen wir gemeinsam gegen die Versager handeln!

Ihr Mathias Panhey

INHALT

- ▶ Keine Kürzungen der Aufwandsentschädigung
- ▶ Hundesteuer verdoppelt
- ▶ EU = Europas Unglück
- ▶ NPD-Antrag „demokratisiert“
- ▶ Hundetoiletten ade
- ▶ Höhere Müllgebühren

1. STADTVERTRETERSITZUNG

AM 10. FEBRUAR 2011

Keine Kürzung der Aufwandsentschädigung

Während der konstituierenden Sitzung, im Jahr 2009, stellte der NPD-Stadtvertreter Mathias Panhey einen Antrag zur Senkung der Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Stadtvertreter. Schon damals war beim Großteil der übrigen Anwesenden das Interesse am Eigenkapital größer als der Schuldenabbau des Stadthaushaltes. Der Antrag wurde abgelehnt.

Da zwischenzeitlich das Haushaltssicherungskonzept beschlossen wurde und dieses eine Kürzung der Entschädigungen als Maßnahme zur Schuldenreduzierung vorsieht, setzte Panhey den Antrag erneut auf die Tagesordnung. Wie bereits erwähnt: das Haushaltssicherungskonzept wurde von der Stadtvertretung mehrheitlich angenommen und dem Antrag vom NPD-Mann somit schon indirekt zugestimmt.

Bevor zum zweiten Mal über diesen Sachverhalt



abgestimmt wurde, appellierte Panhey noch einmal an das Gewissen jedes einzelnen Stadtvertreters. Die gewählten „Volksvertreter“ der Blockparteien bewiesen aber, daß sie anscheinend nicht zum Wohle unserer Stadt sondern nur im eigenen Interesse handeln und lehnten den Antrag erneut ab.

Vorentscheidung in den Ausschüssen

Schon in den vorausgegangenen Ausschüssen konnte man beobachten, wie der Sachverhalt den Vertretern der Versagerparteien aufs Gemüt schlug. Herr Müller (CDU) sprach im Hauptausschuss von einer Aufwandsentschädigung im Sinne

des Wortes. Dabei stellt sich nur die Frage: welcher Aufwand hier eigentlich entschädigt werden soll?

Vielleicht der, daß man den Ausschuss vorzeitig verläßt, wie Herr Müller an diesem Tag. Oder vielleicht muss ja auch die Untätigkeit der sogenannten demokratischen Fraktionen entlohnt werden? Wohl bemerkt, stellte in den letzten zwei Jahren niemand von ihnen einen zweckmäßigen Sachantrag im Sinne der Stadt und ihrer Bürger.

Frau Hansow (Bürgerbündnis) sprach sogar über die Sinnlosigkeit der Senkung von Sitzungsgeldern. Diese Aussage spricht doch für sich, wenn man bedenkt, daß unsere Stadt mit über 20 Millionen Euro in der Kreide steht.

Im Haushaltssicherungskonzept wurde durch die Mehrheit der Stadtvertreter klar und deutlich formuliert, daß man die Aufwandsentschädigungen senken möchte. Bei einem entsprechenden NPD-Antrag, der genau das in die Tat um-

setzen will, wird allerdings dagegen gestimmt. Genau dieses Verhalten der Blockparteien zeigt, daß absolut kein Interesse daran bestehen kann, den Schuldenberg abzubauen. Die Heuchelei in diesem Parlament ist erschreckend. Die „Demokraten“ reden seit Jahren vom Schuldenabbau, doch passiert ist bis jetzt wenig.

„Von Interessenvertretung der Einwohner kann hier keine Rede sein!“

Über Themen wie: Schriftgrößen von Plakaten für das Begegnungszentrum oder welche Büsche wie beschnitten werden sollen, wird sich stundenlang unterhalten. Wirklich kreative Vorschläge zur Schuldenenkung sucht man vergebens.

Jährlich werden 23.000 Euro für Sitzungen der Stadtvertreter und der Ausschüsse veranschlagt. Man hätte schon seit dem Bestehen des neu gewählten Stadtparlamentes im Jahr 2009 ca. 5.000 Euro einsparen können. Das scheint die Politbonzen aber nicht im Geringsten zu interessieren, wenn es darum geht, einheitlich gegen die NPD zu stimmen. In die eigene Tasche zu greifen, wäre ohnehin zu viel des Guten.

Fakt ist, daß hier Boykottarbeit gegen die NPD und deren Wähler betrieben wird. Das hat mit der „überparteilichen Zusammenarbeit“, die Stadtvertretervorsteher Hoffmann einst bekundete, nichts mehr zu tun.

Bürgermeister Dietmar Jesse (CDU) setzte während

der Sitzung noch einen oben drauf. Zum Haushaltsbudget für die Altersjubilare (Blumensträuße zu runden Geburtstagen) äußerte er sinngemäß, daß es erneut zu einer höheren Ausgabe gekommen sei, als im Haushalt veranschlagt.

Daß durch eine Senkung der Sitzungsgelder, wie von der NPD gefordert, ein solches Defizit ausgeglichen hätte werden können, verschwieger.

„In Zeiten des finanziellen Ruins unserer Stadt bedarf es in Zukunft nicht mehr vieler Worte, denn die Menschen haben genug von leeren Phrasen. Es ist endlich an der Zeit, Taten sprechen zu lassen“, so der NPD-Mann Panhey zum Verlauf der Sitzung.

2. STADTVERTRETERSITZUNG

AM 7. APRIL 2011

Hundesteuer verdoppelt!

Auf der zweiten Zusammenkunft der Stadtvertreter in diesem Jahr wurde die Hundesteuer für „gefährliche Hunde“ um mehr als das Doppelte erhöht.

Dabei gibt es in Eggesin keinen einzigen dieser Vierbeiner. Also wieder ein sinnloser Beschluß, den kein Mensch braucht.

Laut Stadtvertretervorsteher Hoffmann (CDU) han-

delt es sich hierbei um eine Präventionsmaßnahme.

In unseren Augen ist diese Drucksache jedoch völlig überflüssig und stellt eine Abschreckung zur Anschaffung eines Hundes dar.

Wer kann überhaupt objektiv beurteilen, was ein gefährlicher Hund ist? Und ab wann ist ein Hund gefährlich? Schließlich gibt es ja auch bissige Pudel. Sind es nicht eher die Menschen, die Hunde erst gefährlich machen?

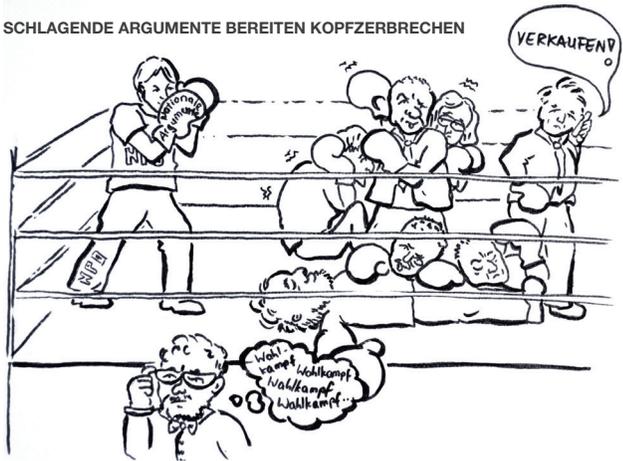
Der NPD-Abgeordnete Mathias Panhey äußerte sich zu diesem Thema wie folgt: „Die etablierten Versager sollen sich lieber mit den wahren Problemen unserer Stadt befassen. Bevor solche Beschlüsse gefaßt werden, sollte sich die Stadtvertretung vordergründig mit dem Hundekot auf Spielplätzen und Grünflächen auseinandersetzen! Einen entsprechenden Antrag werde ich in Kürze auf die Tagesordnung setzen.“

Fazit: „Gefährliche Hunde“ werden künftig präventiv aus dem Stadtbild gehalten. Schade, gefährliche Politiker wird man so schnell nicht los!

EU = Europas Unglück

Als abschließendes Thema im öffentlichen Teil der vorletzten Stadtvertretersitzung wurde das „Naturschutzausführungs-gesetzes zum Entwurf der

SCHLAGENDE ARGUMENTE BEREITEN KOPFZERBRECHEN



Landesverordnung über die Europäischen Vogel-schutzgebiete in Mecklenburg-Vorpommern“ besprochen.

Da wir Nationalisten den Grundsatz Umweltschutz ist Heimatschutz vertreten, eigentlich ein Thema welches uns sehr am Herzen liegt. Denn wir alle sind nur ein Bestandteil der Natur und unterstützen aufgrund unserer Weltanschauung jede Substanz, die der Natur zu Gute kommt.

Leider ist nicht alles Gold was glänzt!

Das Problem lag darin, daß die Europäische Union einen Gesetzesentwurf vorlegt und egal wie die Stadtvertretung entscheidet, die Verordnung wird von oben herab durchgesetzt.

Schließlich soll diese Verordnung zum Zeitpunkt der Abstimmung bereits fast vier Jahre bestand gehabt haben.

„Kommunale Selbstverwaltung sieht wahrlich anders aus! Es ist eine Frechheit, Drucksachen vorzulegen, deren Entscheidungen längst gefallen sind. Seit Jahren diktieren uns die Bonzen aus Brüssel Gesetze auf! Gegenstimmen werden einfach ignoriert ...“

Die Vorlage wurde laut Protokoll mit Bedenken der Anwesenden angenommen (Tourismus- und Gewerbegebiete sollen von der Verordnung ausgeschlossen werden). Hier ist klar zu erkennen, daß in der BRD auch auf kleinster politischer Ebene die Selbstbestimmung verloren gegangen ist!

3. STADTVERTRETERSITZUNG

AM 9. JUNI 2011

Ein sinnloser Antrag?

Seit zwei Jahren besteht das neu gewählte Stadtparlament in Eggesin. Und genauso lange setzt der NPD-Vertreter Mathias Panhey seinen Antrag „Kürzung der Sitzungsgelder“ auf die Tagesordnung. Stets und ständig verstanden es die sogenannten Demokraten, sich hinter Ausflüchte zu verstecken. „Es sei ein sinnloser Antrag“ oder „das ist doch unsere Aufwandsentschädigung“ – mit solchen Aussagen lehnten sie beständig ab. Im nachhinein sagte man Panhey hinter vorgehaltener Hand, daß seine Anträge nur aufgrund seiner Parteizugehörigkeit abgelehnt wurden.

NPD-Antrag „demokratisiert“

Bei der jüngsten Zusammenkunft der Stadtvertreter in Eggesin stellte nun die CDU einen ähnlichen Antrag. Die Aufwandsentschädigungen und das Sitzungsgeld sollten um 5 Prozent gekürzt werden. Zum Vergleich: bei der ei-

gentlichen NPD-Forderung hätte man mehr als 2.500, beim Antrag der CDU nur ca. 1.200 Euro jährlich einsparen können.

Also stellte Panhey einen Änderungsantrag, in dem er sich auf seine vorangegangenen Anträge bezog. Seine Änderungen wurden jedoch abgelehnt.

Gerhard Tewis (CDU) meinte, daß das schwarze Haushaltsloch schon zu groß sei, um es mit solchen winzigen Mitteln zu stopfen. Bei einer weiteren Drucksache, in der die Garagenpacht um fast das Dreifache erhöht wurde, stimmte er hingegen zu. Hier sollte das Haushaltsloch nämlich nicht mit seinem Sitzungsgeld gestopft, sondern auf dem Rücken der Garagenbesitzer vermindert werden. Weiterhin sprach der CDU-Mann davon, die Aufwandsentschädigung –wenn nötig– zu spenden. Panhey konnte diese Unverschämtheit nicht unkommentiert lassen. Er erinnerte daran, daß schon beim Logo der Grundschule niemand au-

ßer ihm bereit gewesen sei, das Sitzungsgeld für einen guten Zweck zu stiften.

Im Anschluß der Sitzung äußerte sich Panhey:

„Heute wurde wieder deutlich, daß der Schuldenberg alleine vom Bürger abgetragen werden soll. Aufschläge beim Volk waren den Etablierten schon immer angenehmer, als den eigenen Geldsack zu öffnen. Trotz meiner überzeugenden Argumente wurde meinen Änderungen aus rein parteipolitischen Gründen wieder mal der Stempel aufgedrückt. Dabei müssen gerade die Politbonzen ihren Beitrag zur Reduzierung der Schulden leisten und nicht ihre Unfähigkeit auf dem Rücken der Bürger austragen. Man sollte sich die Frage stellen, wer die Verantwortung dafür trägt, daß unsere Stadt so hoch verschuldet ist. Es waren doch stets und ständig die Versagerparteien, die Politik gegen unser Volk führten. Jeder der dies erkannt hat, sollte am 4. September sein Kreuz bei der NPD machen.“



Hundetoiletten ade

Da die Hundesteuer keine zweckgebundene Steuer ist und Parkanlagen und Spielplätze in Eggesin teilweise mit Hundekot überhäuft sind, stellte Mathias Panhey (NPD) einen Antrag zur Aufstellung von sechs Hundetoiletten. Die Gesamtkosten für Anschaffung und Aufstellung wären mit ca. 3.000 Euro zu veranschlagen gewesen. Im Gegensatz zu den jährlichen Einnahmen der Hundesteuer in Höhe von 14.000 Euro eigentlich eine überschaubare Summe. Doch der Antrag hatte einen Haken, er kam von der NPD. Und solche Anträge mögen die Damen und Herren Stadtvertreter nicht,

wie schon mehrmals bewiesen wurde.

Gerd Bauer (Bürgerbündnis) äußerte sich dahin, daß es nicht Aufgabe der Stadtvertreter oder des Bürgermeisters sei, sich um Hundehaufen zu kümmern. Alleine die Hundehalter tragen dafür Verantwortung. Panhey entgegnete, daß es Sinn machen würde, Möglichkeiten bereitzustellen, um die Hinterlassenschaften an Ort und Stelle entsorgen zu können. Außerdem würde der Steuerzahler auch einmal etwas zurückbekommen, so etwas würde motivieren.

Nach ewigem Debattieren (was Altpolitiker übrigens am besten können) wurde der Antrag abgelehnt.

NPD-Stadtvertreter Panhey dazu: „Wieder einmal hat die Sturheit gesiegt. Daß Hundetoiletten nützlich und sinnvoll sind, können wir am Beispiel Ueckermünde betrachten. Die restliche Stadtvertretung hat eben kein Interesse daran, die Sauberkeit auf unseren Spielplätzen zu verbessern und überläßt unseren Kindern ein Feld voller Minen.“

HÖHERE MÜLLGEBÜHREN!

Bürgermeister Dietmar Jesse ist nebenbei noch Mitglied im Kreistag Uecker-Randow. Dort übt er im Umwelt- und Ordnungsausschuß die Funktion des Ausschußvorsitzenden aus. Während einer Tagung im Januar dieses Jahres ging es in diesem Ausschuß um die Abfallgebühren. Es wurde darüber diskutiert, die Gebühren zu erhöhen oder vorerst bis zur Kreisgebietsreform auf jetzigem Niveau zu belassen. Jesse war der Auffassung, daß aufgrund der Inflation langsam eine Erhöhung fällig wäre.

„Danke“ Herr Bürgermeister!

